



Betreff

Vorschlag des Arbeitskreises Armut zu einer Resolution an die Bundes- und Landespolitik als Ergebnis der Diskussion über die Fortschreibung des Armutsberichtes für das Jahr 2008

I. Beschluss

Gremium

Datum

Sitzungsteil	öffentlich	Abstimmungsergebnis				
		einst.	mit Mehrheit		Ja-Stimmen	Nein-Stimmen
			angen.	abgel.		
		x				

Der Beirat für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten empfiehlt dem Stadtrat zur abschließenden Beschlussfassung, den Gesetzgeber im derzeit laufenden Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, dass

- a) der in Deutschland seit Jahren anhaltende Trend der zunehmenden Armut mit einem strukturell hohen Kinderanteil ein Ende findet, die Neubemessung der Regelsätze nach dem SGB II sowohl für Kinder als auch für Erwachsene verfassungskonform (Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums) erfolgt, für Erwerbsfähige zudem Maßnahmen zu einer Existenz sichernden Integration in den Arbeitsmarkt mit Hilfe eines gesetzlichen Mindestlohnes ergriffen und die zur Zeit ohne eine hinreichende Anzahl von Arbeitsplätzen das Armutsrisiko verschärfenden Regelungen zur Anhebung der Altersgrenzen auf 67 Jahre wieder gestrichen werden,
- b) die finanziellen Rahmenbedingungen der in Deutschland für die allgemeine Daseinsvorsorge und die Umsetzung des größten Teils der Gesetze zuständigen Kommunen durch politische Entscheidungen nicht zunehmend verschlechtert, sondern erheblich verbessert werden, weil ansonsten neben einem Großteil der allgemeinen Infrastruktur auch ein Großteil des allgemeinen Wohlstands und der gesetzlichen Leistungen in Gefahr gerät,
- c) die Verursacher der im Herbst 2008 eingetretenen Finanz- und Wirtschaftskrise, die in den Manipulationen und überzogenen Gewinnabsichten der international verflochtenen Banken- und Finanzwelt zu finden sind, auch finanziell in nicht unerheblichem Umfang zur Krisenbewältigung herangezogen (z.B. Einführung einer Kapitaltransaktionssteuer) und Manipulationen durch verschärfte rechtliche Rahmenbedingungen und Kontrollinstanzen in Zukunft ausgeschlossen werden. Außerdem sollte die Vermögenssteuer mit Freigrenze wieder eingeführt werden.

II. Eintrag in die Niederschrift

SP-Nr.

III. Ref. IV/SzA zur Fertigung von Abdruck(en)
 mit Anlage für Ref. II/Käm, RpA, GST, ARGE Fürth,
 ohne Anlage für D, Ref. IV, Stab-PI Dr. Roth, Seniorenrat

Fürth, 25.06.2010

Unterschrift der/des Vorsitzenden